

Freundeskreis
Palast der Republik
Mitglied im Ostdeutschen Kuratorium
von Verbänden

Presseerklärung des **Freundeskreises**

Der Freundeskreis Palast der Republik richtete am 16. Mai 2010 eine Petition an den Petitionsausschuss des Deutschen Bundestages zum Bauvorhaben Humboldt-Forum Berlin.

Er lenkte darin die Aufmerksamkeit des Petitionsausschusses auf dieses Bauvorhaben und die entsprechenden Beschlüsse des Deutschen Bundestages. Ein wesentlicher Ausgangspunkt dieser Beschlüsse war die offensichtlich politisch gewollte Vernichtung des Palastes der Republik.

Der massenhafte Protest der Bevölkerung gegen dessen Abriss wurde in undemokratischer Weise bewusst negiert.

Aus der Sicht des Freundeskreises wurde aber auch der Artikel 14.2 des Grundgesetzes missachtet, in dem es heißt: „Eigentum verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohle der Allgemeinheit dienen.“

Ein nachweisbarer Verstoß ergibt sich nachweisbar aus dem Einigungsvertrag lt. Artikel 25.2, in dem vereinbart wurde: „Die kulturelle Substanz in dem in Artikel 3 genannten Gebiet darf keinen Schaden nehmen.“

Das bedeutet, dass die Bundesregierung, der Deutsche Bundestag, bestimmte Vereine und Einzelpersonen, die den Wiederaufbau eines „Schlosses“ wollten und wollen, bewusst gegen Festlegungen des Einigungsvertrages verstoßen haben.

Des Weiteren:

Nach den dem Freundeskreis vorliegenden Informationen/Einschätzungen zur künftigen Kostenentwicklung bei Bundesbauten aus dem Ministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung ist die geplante Obergrenze von 552 Mio. € unglaublich.

Diese Einschätzung besagt, dass Kostensteigerungen bis zu 100 % eintreten können. Demzufolge sind Kosten von 1 Mrd. € und mehr für dieses Projekt nicht auszuschließen.

Diese Information wird der Öffentlichkeit seit 2008 vorenthalten.

Unglaublich ist aus unserer Sicht auch die vom so genannten Schlossverein erfolgte Zusage der 80 Mio. € Kosten für die Fassade aus aufzubringenden Spenden.

Die Kalkulation dieser Kosten ist bekanntlich älter als ein Jahrzehnt, demzufolge veraltet.

Die Aussage des Vereins, bereits 20 Mio. Euro gesammelt zu haben, ist fragwürdig, da der größte Teil dieser Summe zeitnah für Öffentlichkeitsarbeit und Vereinszwecke ausgegeben wurde und demzufolge für die Finanzierung der Schlossfassade gar nicht zur Verfügung steht.

Des Weiteren stellen wir fest, dass sich die Situation des Bundeshaushalts seit 2002, dem Jahr der Beschlussfassung zum Humboldt-Forum im Vergleich zu heute dramatisch verändert hat.

Wer aus aktueller Sicht alle Ausgaben des Bundeshaushalts auf den Prüfstand stellen muss, ist auch verpflichtet, dieses voraussichtliche Milliarden-Prestige-Objekt einer kritischen Kontrolle zu unterwerfen und entsprechende Schlussfolgerungen zu ziehen.

Der Freundeskreis Palast der Republik stellt in Kenntnis o.g. Informationen fest, dass ein derartiges Vorhaben mit einer voraussichtlich nach oben ausufernden Kostenentwicklung dem Bundeshaushalt nicht zuzumuten ist.

Erst recht nicht den Steuerzahlern.

Aus diesen Gründen schlägt der Freundeskreis Palast der Republik dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung vor, die gefassten Beschlüsse zur Gestaltung des Berliner Schlossplatzes aufzuheben und dessen Gestaltung entsprechend den Anforderungen der Zukunft neu zu durchdenken, dabei den realen Möglichkeiten aus Sicht des Bundeshaushalts Rechnung zu tragen und seriös zu planen.

Zu berücksichtigen ist aber auch die Meinung der Berliner Bevölkerung, die entsprechend einer aktuellen Umfrage zu 80% die Wiedererrichtung eines wie auch immer gearteten Pseudoschlusses auf dem Berliner Schloßplatz für überflüssig hält.

Der Freundeskreis hat um eine konkrete Antwort bis zum 30. Juli 2010 gebeten.

Der volle Wortlaut der Petition an den Deutschen Bundestag kann unter www.palastschaustelle.eu abgerufen werden.

Rudolf Denner
Freundeskreis Palast der Republik,
Sprecher

Berlin, 2. Juni 2010